PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Hannover, 14. Mai 2009

Protest gegen geplante CO2-Pipeline durch Niedersachsen

Verlauf der Pipeline von NRW durch Niedersachsen nach Schleswig-Holstein jetzt öffentlich:

„Risiken für Länder und Kommunen ungeklärt!"

Der Energiekonzern RWE plant bereits bis 2014 in Hürth, NRW, ein neues, hochmodernes Braunkohlekraftwerk zu errichten, dass CO2 unterirdisch Speichern kann. Die geplante Lagerstätte für das Treibhausgas liegt jedoch nördlich von Husum in Schleswig-Holstein, eine mehrere 100 km lange Pipeline soll das KW und die Lagerstätte verbinden. Der BUND warnt, dass die Probleme des Transports von CO2 aus Kraftwerken zu Lagerstätten bislang völlig ungeklärt sind.

Zurzeit beraten Bundesrat und Bundestag über das Gesetz zur „Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Lagerung von Kohlendioxid" (wie in unserer Pressemitteilung vom 12.Mai.2009 erläutert). „In diesem Gesetzentwurf", so Prof. Dr. Helmut Scharpf, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Landesverband Niedersachsen, „werden die Risiken für Kommunen entlang der CO2-Pipeline nicht berücksichtigt." Der Gesetzentwurf trifft weder Regelungen für die technische Sicherheit von CO2-Leitungen noch für Maßnahmen bei Unfällen oder für die Zusammensetzung des Kohlendioxidstroms. All dies könne Auswirkungen auf die Beherrschbarkeit von Leckagen haben sowie Gesundheitsrisiken für Mensch und Umwelt nach sich ziehen.

„Für den Kohledioxidtransport sind gigantische Leitungsnetze notwendig", so Scharpf weiter. „Das Störfallrisiko soll offenbar von Ländern und Kommunen getragen werden, die Eingriffe in Natur und Landschaft sind inakzeptabel." Dem BUND liegt eine Karte des Energiekonzerns RWE vor, welche die vorgesehene Pipeline-Trasse von der geplanten CCS-Versuchsanlage in Hürth bei Köln über Niedersachsen bis nördlich von Husum in Schleswig-Holstein darstellt. Die Trasse soll demnach westlich des Ruhrgebiets entlang über Lingen und Oldenburg westlich an Hamburg vorbei über Husum in den „Zielraum" Stadum/ Hörup geführt werden.

„Wer diese riesige Infrastruktur bauen und bezahlen soll, steht in den Sternen", so *Stefan Ott, stellvertretender Landesgeschäftsführer des BUND Niedersachsen.* RWE-Chef Großmann jedenfalls hat schon klar gemacht, dass er sich das vom Steuerzahler bezahlen lassen will und 6,5 Milliarden Euro vom Staat gefordert. Ott: „Die großen Energiekonzerne wollen eine unerprobte und riskante Technologie auf Kosten der Allgemeinheit realisieren."

Gerade in Schleswig-Holstein und Nordniedersachsen, wo das größte Potential an Lagerstätten vermutet wird, steht die CCS-Technologie in Konkurrenz zu erneuerbaren Energien. Denn die unterirdischen Kavernen werden ebenso als Druckluftspeicher für Windenergie benötigt. Der CCS-Gesetzentwurf schafft hier de facto einen Vorrang für CO2-Speicher und behindert so den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der BUND fordert die Menschen daher noch einmal zu ihrem Protest gegen das CCS-Gesetz auf unter dem Motto

„Keine Steuergelder für riskante CO_2-Entsorgung!"

Ziel ist, die Ministerpräsidenten zu überzeugen, im Bundesrat gegen die Verabschiedung des Gesetzes zu votieren.

Zur Aktion des BUND Niedersachsen: http://www.bund-niedersachsen.de
Zur Aktion des BUND Bundesverbandes: http://www.bund.net/

Die **BUND-Stellungnahme** zum CCS-Gesetz finden Sie im Internet unter:
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20090304_energie_ccs_gesetz_stellungnahme.pdf

Weitere Informationen:
Ines Fleer, Tel. 0 511 / 96 56 9-39

Pressekontakt in Niedersachsen
Stefan Ott
stellv. Geschäftsführer
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a; 30161 Hannover
Fon +49-511-96569-13
Fax +49-511-662 536
mobil + 49-175-5650852
stefan.ott@nds.bund.net

BUND
FREUNDE DER ERDE